

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1882

5.5.1882 (No. 106)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 5. Mai.

№ 106.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karls-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einkaufsgebühren: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1882.

Die Ständeversammlung wird Samstag den 6. Mai d. J. geschlossen.

Im Höchsten Auftrag wird der Präsident des Staatsministeriums dieselbe schließen.

Am 11¹/₄ Uhr versammeln sich die Mitglieder der Ersten und Zweiten Kammer in ihren Sitzungssälen.

Die Mitglieder der Zweiten Kammer nehmen in den Bänken der Abgeordneten dieser Kammer ihre Sitze ein.

Die Mitglieder der Ersten Kammer, ihren Präsidenten an ihrer Spitze, begeben sich vor 11¹/₂ Uhr, unter Vortritt eines Zeremonienmeisters, in den Saal der Zweiten Kammer und nehmen die für sie bereiteten Sessel vor den Sitzen der Abgeordneten der Zweiten Kammer ein.

Am 11¹/₂ Uhr werden der Großherzogliche Kommissarius und die übrigen Mitglieder des Staatsministeriums aus ihrem Versammlungssaal von einem Zeremonienmeister in den Sitzungssaal der Zweiten Kammer geführt, wo sie die für sie bereiteten Sitze einnehmen.

Hierauf wird der Großherzogliche Kommissarius die Ständeversammlung schließen.

Nach erfolgtem Schluß werden sich die Mitglieder des Staatsministeriums und der Ersten Kammer in der nämlichen Ordnung, in welcher sie eingetreten sind, zurückbegeben.

Karlsruhe, den 4. Mai 1882.

Der Oberkammerherr
Freiherr von Gemmingen.

Deutschland.

Berlin, 3. Mai. Die Bundesraths-Ausschüsse haben über die Berechnung der statistischen Gebühr bei Beförderung von Waaren durch die Eisenbahn folgende Bestimmungen beantragt: Es soll die Anrechnung der vollen statistischen Gebühr für Bruchtheile der Mengeneinheiten unter folgenden Bestimmungen auf die bei der Gesamtlänge sich ergebenden Bruchtheile beschränkt werden. Der Absender hat außer den einzelnen speziellen Anmeldebüchlein einen den Inhalt derselben umfassenden generellen Anmeldebüchlein über die ganze zusammengehörige Sendung zu übergeben. In den speziellen Anmeldebüchlein ist auf den zugehörigen generellen Anmeldebüchlein und in letzterem auf die mit fortlaufenden Ordnungszahlen zu bezeichnenden speziellen Anmeldebüchlein zu verweisen. Die zu verwendenden Stempelmarken sind auf dem generellen Anmeldebüchlein anzubringen. Der generelle Anmeldebüchlein ist der Anmeldestelle zusammen mit den speziellen Anmeldebüchlein, bezw. wenn die einzelnen Theile der Sendung in Folge unvorhergesehener Umstände nicht gleichzeitig am Sitz der Anmeldestelle eintreffen sollten, mit den speziellen Anmeldebüchlein über den zuerst angekommenen Theil der Sendung zu übergeben. Eine schriftliche Erklärung muß dem generellen Anmeldebüchlein beigefügt werden. In allen Fällen ist die von der Anmeldestelle vorzunehmende Prüfung auf Uebereinstimmung der speziellen Anmeldebüchlein mit dem generellen Anmeldebüchlein zu erstrecken und daraufhin die Anschreibung der Waaren in den Verkehrs nachweisungen zu bewirken.

Der Wortlaut der Erklärungen im Bundesrath bei der Abstimmung über das Monopol liegt jetzt vor. Die bayrische Erklärung lautet im wesentlichen dahin: „daß die bayrische Regierung mit dem Gedanken einer weiteren Entwicklung des Systems der indirekten Besteuerung im Reiche und insbesondere auch mit einer stärkeren Heranziehung des Tabaks vollkommen einverstanden sei, sich aber durch die zur Zeit vorliegenden Anhaltspunkte nicht überzeugen könne, daß das Monopol zu dem gewünschten finanziellen Ergebnis führen werde. Sie glaube deshalb, demalen einer Steuerreform, durch welche sich höhere Erträge aus dem Tabak ohne tiefgreifende volkswirtschaftliche Rückwirkungen erzielen lassen, den Vorzug geben zu sollen.“ Sachsen stimmt „in Hinblick auf die schweren volkswirtschaftlichen und sozialen Bedenken dagegen“. Baden, Hessen, Oldenburg und Meckl. u. P. betonen hauptsächlich die Schädigung der ausgebreiteten Tabakindustrie in diesen Staaten durch Einführung des Monopols. Bremen läßt ausdrücklich erklären, „daß die Einführung des Reichs-Tabakmonopols notwendiger Weise den wirtschaftlichen und finanziellen Ruin des Bundesstaats Bremen herbeiführen werde. Es sei allgemein bekannt, daß die Bedeutung Bremens als Handels- und Seestadt mit dem daselbst konzentrierten großartigen Tabakgeschäft so eng und unauflöslich verknüpft sei, daß die Zerstörung dieses wesentlichen Auf der Versorgung Deutschlands beruhenden, mit dem Bestehen eines Reichsmonopols unvereinbaren Geschäftszweiges die Existenzgrundlagen des gesammten bremischen Handels in verhängnisvoller Weise erschüttern müßte.“ Der Senat bitte daher, diesem Momente das gebührende

Gewicht beizulegen. Württemberg, Weimar und Braunschweig erklären, daß die Finanzlage des Reiches und der Einzelstaaten dringend die Vermehrung der Einnahmen fordern und das Tabakmonopol der geeignetste Weg dazu sei.

Berlin, 4. Mai. (Tel.) Das Abgeordnetenhaus nahm die Kirchenvorlage in der Fassung des Herrenhauses artikelweise und im Ganzen an; im Laufe der Debatte erklärte der Kultusminister: was die Mehrheit anlangt, welche für das Gesetz stimme, so sei nicht zu übersehen, daß die Regierung niemals darnach fragen dürfe, wer ihr die Vorlage biete. Hier seien mit Ausnahme eines Artikels alle übrigen der Zustimmung der Liberalen begegnet; es wäre leicht möglich gewesen, mit ihnen das Gesetz zu vereinbaren. Das sei leider nicht geschehen. Die Regierung nehme daher, was ihr geboten werde, weil sie damit den Frieden zu erreichen hoffe, dessen Herbeiführung ihre Aufgabe sei.

Berlin, 4. Mai. Die „Provinzial-Korrespondenz“ sagt über das gleichzeitige Töten des Reichstags und des Landtags: Die diesjährigen Erfahrungen sind geeignet, die früheren Auffassungen der Regierung zu bestätigen und zu bestärken; mögen dieselben beitragen, die Bereitwilligkeit der Parlamente zum einzigen Mittel der Verringerung der Nebelstände, das Budget immer nur alle zwei Jahre zu verathen, zu fördern.

Osnabrück, 3. Mai. Die Konsekration und Inthronisation des Bischofs von Osnabrück wurde heute vollzogen. Der Oberpräsident, die Landdrosten von Osnabrück und Aurich, die Spitzen der Militär- und Gerichtsbehörden, der Klerus von Osnabrück und Westfalen wohnten der Feier bei. Bischof Wilhelm von Hildesheim, assistirt vom Weihbischof Frensborg (Baderborn) und dem ehemaligen Armeebischof Ramsjanomsky, vollführte die Weihe. Nach dem Festakt war Gratulationsempfang beim Bischof Hoeting, Abends findet Festmahl und ein Fackelzug der katholischen Vereine und Körperschaften statt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 2. Mai. Ob irgend eine andere Macht sich veranlaßt sehen wird, in St. Petersburg zu Gunsten der Juden zu interveniren, ist hier begreiflich nicht bekannt, sicher ist aber, daß man in Wien an eine solche Intervention keinen Augenblick gedacht hat. Selbstverständlich würde man eintretenden Falls nicht zögern, zum Schutz eines etwa verletzten österreichischen Unterthanen, sei er Jude oder nicht, einzuschreiten, davon abgesehen aber gilt hier die Regelung der Verhältnisse der Juden in Rußland als eine rein interne Angelegenheit, in welche kein Staat sich einzumischen den Beruf und das Recht hat.

Der Kaiser tritt heute Abend, aber nur zu kurzer Abwesenheit, seine Reise nach Pesth an.

Wien, 3. Mai. (Frf. Btg.) Nach der „N. Fr. Pr.“ ist Graf Coronini zum Reichs-Finanzminister designirt. Die Nachricht bedarf sehr der Bestätigung, doch hält es, da Ludwig Tisza sich ablehnend verhält, schwer, einen Ungarn für den Posten zu finden.

Wien, 3. Mai. Das Abgeordnetenhaus lehnte den Antrag auf gänzliche Ablehnung des Getreidezolles, eventuell zollfreie Getreideeinfuhr für die Karstgebiete und die Alpengebiete ab und nahm nach dem Antrage der Ausschlußmehrheit die Zölle für Getreide, Malz und Hülsenfrüchte an. Bei der Abstimmung über die Anträge auf Gewährung zollfreier Einfuhr für gewisse Ländergebiete wurde in namentlicher Abstimmung der Antrag Hallwirth auf zollfreie Getreideeinfuhr über die Grenzen nach Tyrol, Görz, Grabiska, Triest, Bezirk Adelsberg, Dalmatien und der Herzegovina mit 162 gegen 145 angenommen.

Wien, 3. Mai. (Ringtheater-Prozess.) Die Frage, wer am Abend des 8. Dezember die Regie im Ringtheater hatte, wurde heute im günstigen Sinne für Jauner entschieden. Die Schauspielerin Marie Warberg sagte aus, daß sie nach der Premiere von „Contes d'Hoffmann“ auf die Bühne gekommen sei, um Jauner zu gratuliren. Gleichzeitig hat sie ihn, sich jetzt zu schonen, er sehe schlecht aus. Jauner erwiderte: Beruhigen Sie sich, liebes Kind, von morgen ab habe ich Noetel die Regie übergeben.“ In ähnlicher Weise äußert sich der vernommene Sänger Schubert und Wille. Es werden sodann mehrere Hinterliebene von Berunglückten vernommen. Ihre Aussagen stimmen alle darin überein, daß die Sicherheitswache in erbarmungslosester Weise Jedem den Zutritt in's Theater verweigerte. Die Beguin Marie Lipy war mit ihrem Manne und Sohne im Theater. Sie rettete sich mittelst des Sprungtuches, Mann und Kind verbrannten. Als sie unten versicherte, es seien Leute oben, wurde sie von der Wache bei Seite geschoben, ohne auch nur angehört zu werden.

Nachmittags-Sitzung. Der Sicherheitswachmann Stelzer macht die wichtige Mitteilung, daß er gehört, wie der Feuerwehr-Hauptmann zum Polizeirath Landsteiner gesagt habe, die Leute auf den Logen seien auf seine Veranlassung mit dem Sprungtuch gerettet worden. Der Polizeirath sagte sodann: „Retten Sie, was zu retten ist.“ Der Staatsanwalt hält Landsteiner den Widerspruch vor, da er später dem Erzhertog Albrecht gesagt habe: „Alles ist gerettet.“ Zeuge Jodor Kohn schildert die entsetzlichen Details aus der zweiten Galerie. In

einem Gange sind hundert Personen lebend erstickt aufgefunden worden, in einem andern Gange brannten die Leichen lichterloh. Auf die Bemerkung Kohn's, man möge diese Leichen bergen, sagte ein Feuerwehrmann: „Brennen thut's ja schon, also lassen wir's brennen.“

Graz, 3. Mai. In der heutigen Reichsraths-Wahl wurde Baron Walterskirchen nahezu einstimmig wiedergewählt.

Prag, 3. Mai. Im Bezirk Aussig wird wieder mit Vollkraft gearbeitet; aufwärts Aussig sind nur noch 12 Strikende. Die Behörde verhinderte die beabsichtigte Arbeiterversammlung bei Pchanken. Alle Aufwiegler wurden verhaftet. Die Ruhe ist nirgends gestört, Kohlenmangel nirgends eingetreten. Die Haider Glasindustriellen wendeten sich wegen Kohlenbeschaffung an den Statthalter Baron Kraus, welcher sofort Befehle aus andern Revidiren sicherte.

Prag, 4. Mai. (Tel.) Zehn Werke in Dux und Labowitz, auch Schwäche an der Dux-Bodenbacher Bahn nahmen die Arbeit wieder auf; der Strike ist daselbst beendet; die Erlanger'schen Werke arbeiten theilweise. Heute dürfte in allen Werken des Brüxer Reviers wie vor dem Strike gearbeitet werden. Der Kohlenversand der Aussig-Teplitzer Bahn war 213 Waggons. Außer Betrieb sind noch der Tirmitzer Elisabeth-Schacht, die Schönfelder Saxonia, die Karbiger Teutonia; mehrere Schächte arbeiten mit reduzierter Mannschaft. Der militärische Schutz und die Abschiebung der Arbeitslosen wird energisch gehandhabt.

Niederlande.

Haag, 3. Mai. Die Zweite Kammer nahm mit 42 gegen 36 Stimmen den Antrag der Ausschlußmehrheit betreffend den Kolonialrapport, welchen der Kolonialminister abgelehnt hatte, an.

Haag, 3. Mai. (Frf. Btg.) Nach fünftägiger Diskussion hat die Zweite Kammer gegen die Haltung des Kolonialministers in der Grundeigentums-Frage in den ostindischen Kolonien ein Tadelvotum ausgesprochen. In Folge dessen ist eine Ministerkrise wahrscheinlich.

Frankreich.

Paris, 3. Mai. Die Journalen berichtigen die Hongkong-Melbung von der Einnahme des Forts Hanoi durch die französischen Truppen und bemerken, daß das schon längst von den französischen Truppen besetzte Fort Hanoi auf Piraten schoß, welche jene unter dem französischen Protektorat stehende Gegend heimsuchten.

Großbritannien.

London, 3. Mai. (Frf. Btg.) Die Presse reservirt sich ihr Urtheil über die Schwendung der irischen Regierungspolitik bis nach der Erklärung Forsters. Sie findet sie aber, die direkt ministeriellen Blätter ausgenommen, unheilswanger und erblickt darin einen Triumph der Anhänger Parnell's.

London, 4. Mai. (Tel.) Den Morgenblättern zufolge nahm Chamberlain nunmehr das Staatssekretariat für Irland an.

London, 3. Mai. Im Unterhaus erklärte Northcote, die Lage sei eine so ernste, daß eine weitere Steigerung unmöglich sei. Die Regierung habe mit der Freilassung der Verdächtigen einen schweren Fehler begangen, die Politik der Regierung sei die schwankendste, die man sich denken könne, und trage zur Verminderung des Ansehens der Regierung bei. Gladstone entgegnete: Die Demission des irischen Vizekönigs ging der Demission Forsters voraus und stehe mit letzterer in keinem Zusammenhang. Die Freilassung der Verdächtigen sei keine bedingte. Sie sei darin begründet, daß die Regierung glaube, sie werde zur Aufrechterhaltung der Geseze, Ordnung und des Friedens in Irland beitragen. Die Regierung wünsche angesichts der Lage möglichst schnell zu handeln.

London, 3. Mai. Parnell ist heute Nachmittag in Dublin eingetroffen und vermied jegliche öffentliche Demonstration.

Rußland.

St. Petersburg, 3. Mai. Der Fürst von Bulgarien ist gestern Abend hier angelangt und im Hotel Demuth abgestiegen. — Der Offizier der „Jeannette“, Damenhauer, speiste gestern Mittag bei dem deutschen Botschafter, worauf er sich per Extrazug zur Kaiserandienz nach Gatschina begab. Er wird heute vom Großfürsten Alexis, dem Marineminister und Ignatjew empfangen. — Der Präsident der Akademie der Wissenschaften, Graf Lütke, reichte seine Demission ein.

Orient.

Bukarest, 3. Mai. In der Kammer Sitzung brachte der Arbeitsminister eine Vorlage behufs Auflösung der rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft in Berlin ein. Cogalniceanu meldete eine Interpellation an betreffend die Donauesingen des Eisernen Thores, deren Sprengung der Berliner Vertrag Oesterreich übertragen. Der Senat begann die De-

hatte über die agrarischen Kontrakte. Barrère wird am 5. Mai hier erwartet.

Konstantinopel, 3. Mai. Außer der Ernennung Abdurrahman Pascha's ist bisher keinerlei Veränderung des Kabinetts erfolgt. Der Hat des Sultans, der Abdurrahman Pascha zum Premierminister ernannt, lautet: Angesichts der Nothwendigkeit, Said Pascha seines Postens zu entheben, werden Sie, erlauchtester Begier, dessen Erfahrung und Treue wohlbekannt sind, zu den Funktionen des Premierministers berufen. Allah sei Ihnen gnädig!

Konstantinopel, 3. Mai. (Frtz. Btg.) Der neue Großvezier war Mitglied der Reformkommission in Tophane und Verfechter der Ideen Midhats Pascha. Die Lösung der russischen Forderungen ist jetzt vom Palast abhängig. Ein Trade wird erwartet.

Ägypten.

Kairo, 4. Mai. (Tel.) Das Urtheil gegen die scharifischen Offiziere machte bei allen Parteien einen mißlichen Eindruck. Der Khedive weigert sich jetzt, dasselbe zu sanktionieren; man glaubt in unterrichteten Kreisen, daß er seine Weigerung aufrecht erhalten werde. Gerüchtwiese verlautet, die Generalkonsule würden gemeinsam Protest erheben.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 2. Mai. 22. Sitzung der Ersten Kammer. (Schluß aus der heutigen Beilage.)

Geheimerath Schulze will sich auf einige aphoristische Bemerkungen beschränken.

Die Motion habe auf ihn einen wohlthunenden Eindruck gemacht, da ihr die beste Absicht zu Grunde liege. Auch erscheine es zweckmäßig, daß solche Fragen in der Öffentlichkeit zur Sprache gebracht würden. Eine Regelung durch Gesetz halte er jedoch für verfrüht; vielleicht sogar sei eine solche für alle Zeit unmöglich. Am wenigsten eigne sich hierzu der Lehrplan, der nur durch Verordnungen und Ministerialreskripte normirt werden könne. Es sei überhaupt ein trankhafter Zug der Zeit, daß man Alles und Jedes codifiziren wolle.

Bezüglich des Studiums der klassischen Sprachen stehe er fest auf dem Standpunkte, daß dasselbe als werthvollster Bestandtheil unserer nationalen Bildung anzusehen sei. Was die formale Ausbildung betreffe, so werde dieselbe nicht nur durch die lateinische, sondern in noch viel höherem Grade durch die griechische Sprache gefördert, zugleich aber sei die letztere auch von der höchsten idealen Bedeutung. Man möge vielleicht in der Accentlehre und in den Silbungen etwas zu weit gegangen sein, aber die letzteren ganz aus dem Unterrichte zu verbannen, würde sich nicht empfehlen. Die lateinische Sprache wolle er als klassisches Bildungsmittel nicht so hoch stellen. Dieselbe sei jedoch unentbehrlich vor Allem für das Rechtsstudium, außerdem aber für das Verständniß unserer ganzen Vergangenheit, in welcher dieselbe die Sprache aller Gebildeten und zugleich ein Bindemittel der Völker war. Man möge also nicht den modernen Zuflüsterungen Raum geben, daß die alten Sprachen ihre Bedeutung verloren hätten.

Zu Punkt 3 der Motion sei hervorgehoben, daß die Beziehungen der Lehrer zu den Direktionen und der Lehrer unter sich einer genügenden Feststellung entbehren. Diese Beziehungen seien jedoch durch Ministerialverordnungen bestens geregelt und eigneten sich nicht für eine gesetzgeberische Behandlung.

Punkt 4 erwähne die Klagen über Lehrermangel. In neuerer Zeit sei es damit besser geworden; er möchte aber doch im Interesse unserer Landesuniversitäten auf einen sehr großen Uebelstand aufmerksam machen, der für unsere Philologen sich daraus ergebe, daß das badische Examen in Preußen nicht als genügend angesehen werde, während die Prüfungen an den Universitäten Leipzig und Rostock von der preuß. Regierung anerkannt würden. Baden habe dem Deutschen Reiche so viele Opfer gebracht und seine Partikularinteressen denen der Gesamtheit in so selbstloser Weise untergeordnet, daß es billig wäre, in diesem Falle auch einmal dem badischen Interesse gerecht zu werden.

Diejenige Stelle der Motion, welche von der Berufung „auswärtiger“ Lehrkräfte spreche, müsse er bedauern. Wir seien doch Alle verpflichtet, anzuerkennen, daß unter den Männern, welche zum Flor unserer Gymnasien beigetragen, eine Reihe solcher sich befinde, deren Wiege nicht innerhalb der badischen Grenzen gestanden habe. Er könne nach seinen Erfahrungen nur erklären, daß die badischen Abiturienten wohl vorbereitet, wissenschaftlich gebildet und keineswegs blasirt auf die Hochschule kämen, speziell aber die von Karlsruhe seien es, welche ihm durch ihre Intelligenz und ihre frische Freude machten.

Die Klage wegen Ueberbürdung sei nicht so ganz unbegründet, aber es werde eben jetzt allgemein im Leben mehr verlangt als früher. Eine Herabminderung der Stundenzahl würde hier nicht viel nützen. Dagegen betrachte er als ein besonders geeignetes Gegengewicht eine tüchtige körperliche Erziehung, die Ertheilung eines ersten gymnastischen Unterrichts an unsern Gymnasien durch gebildete Lehrer.

Frhr. Karl v. Göler bemängelt die Ausführungen des Kommissionsberichts, welcher sich nach seiner Ansicht zu wenig zustimmend zur Motionsbegründung verhalte, und bringt den Antrag ein, es möge das Hohe Haus dem Beschlusse der Zweiten Kammer beitreten. Dem Redner liegt hauptsächlich die Beseitigung der Ueberbürdung der Schüler am Herzen, welche ihm nach den vielen hierüber schon erschienenen und keineswegs aus Schreibseligkeit oder Tadelsucht hervorgegangenen Schriften hinreichend erwiesen erscheint.

Geheimerath Knieß: Wie bei einer Unterhaltung über unsere Schuljahre stets ein unerschöpflicher Gesprächsstoff sich darbiete, seien auch hier Wahrnehmungen der ver-

schiedensten Art, welche sich auf die Lehrer, den Lehrplan, die Disziplin, die Zielpunkte unserer Bildung überhaupt beziehen, zusammengetragen worden — Alles zu dem Zwecke, daß ein Gesetz darüber gemacht werde. Er sei aber durch die Motion und den Beschluß des anderen Hauses sehr wenig darüber aufgeklärt worden, welche Verhältnisse nun eigentlich durch Gesetz normirt werden sollten. Sei dies etwa beim Lehrplan der Fall? Er möchte nicht verneinen, daß es einzelne Dinge in unserem Gymnasialwesen gebe, die durch Gesetz geordnet werden könnten, aber welche? Vieles sei auch schon durch Verordnung regulirt, was man irrtümlich als nicht geregelt bezeichnet habe.

Ein wohl zu beachtender Gesichtspunkt in der ganzen Frage sei der, daß unsere Anschauung über das eigentliche Bildungsziel, unser Bildungsideal nicht mehr so einheitlich sei wie früher. Die erhobenen Klagen könnten deshalb gar nicht beseitigt werden, ohne einen Theil zu verletzen. Die verschiedenartigsten Ansprüche an unsere Gymnasien ergäben sich schon daraus, daß viele Schüler mit dem Verlassen dieser Anstalt ihren Bildungsgrad abschließen, viele sogar schon mit Absolvierung der Sekunda.

Wenn man von dem Verhältniß zwischen Erziehung und Unterricht spreche, so komme es sehr darauf an, wie hier die Frage gestellt werde. Wenn man schlechtweg frage, welcher Theil wichtiger sei, so antworte er unbedenklich: die Erziehung. Wenn man aber frage, was für die Schule wichtiger sei, so erkläre er unbedingt: der Unterricht. Die Erziehung sei in erster Linie Aufgabe des Hauses und er würde nicht daran denken, hauptsächlich der Erziehung wegen sein Kind in die Schule zu schicken.

Er bitte, diesen Gedanken als einen Beitrag zur Unterstützung der Kommissionsanträge anzusehen.

Geheimerath Grashof erklärt sich im Großen und Ganzen mit dem Bericht und den Anträgen der Kommission einverstanden, will jedoch noch auf einen Punkt aufmerksam machen. Die beklagte Ueberbürdung habe zu einem guten Theil ihren Grund in dem ganzen System der klassenweisen Promotion. Nicht jeder Schüler sei für alle Fächer gleich veranlagt, gleichwohl werde in allen eine gewisse durchschnittliche Ausbildung von ihm verlangt. Da ein fachweiser Unterricht an den Gymnasien nicht wohl möglich sei, so könnte man dadurch zu helfen suchen, daß man jeden Schüler in die Lage versetze, an den Fächern Theil zu nehmen, für welche er Anlagen habe. Diese Möglichkeit sollte man wenigstens einmal gewähren durch eine derartige Einrichtung des Lehrplans, daß der Schüler wenigstens bis zu einer bestimmten Klasse vom Realgymnasium zum Gymnasium und umgekehrt übertreten könne. Ferner würde es sich empfehlen, in einem gewissen Zeitpunkte eine Beurtheilung des Lehrerkollegiums darüber eintreten zu lassen, für welche dieser Lehranstalten der Schüler sich besser eigne, und zu bestimmen, daß dieses Gutachten durch Vermehrung im Zeugniß zur Kenntniß der Eltern gebracht werde.

Ministerialpräsident Hoff: Die Großh. Regierung könne nur ihre volle Bereitwilligkeit erklären, den in dem Kommissionsberichte niedergelegten Wünschen entsprechend vorzugehen. Es werde dies nicht ausschließen, daß dieselbe auch den in dem Hohen andern Hause gegebenen Zusagen gerecht werde.

Der Abg. v. Feder habe sich Dank verdient, daß er diese Frage in einer gewissen Breite zur Debatte gestellt habe. Dies sei auch in diesem Hohen Hause anerkannt worden und er könne nur wünschen, daß die Lehrer sich die hier gehörten Ausführungen zu Nutzen machen möchten.

Die Frage, wie weit die Gesetzgebung auf diesem Gebiete eingreifen könne, sei eine sehr schwierige und es sei sehr zweifelhaft, ob, wenn der gesetzgeberische Weg eingeschlagen werde, die meisten der zur Sprache gebrachten Dinge auch nur gestreift werden würden. Der Vorgang Sachsens könne hier als besonderes Beispiel dienen. Vieles müsse der Verordnung, das Meiste aber der Ausführung durch die Lehrer selbst überlassen werden.

Eine Ueberbürdung möge in einzelnen Fällen wohl besonders hervortreten; im Allgemeinen aber komme in Betracht, daß sich die Schule der modernen Ueberfülle des Stoffes accomodiren müsse.

Etwas zu viel Formalismus sei unlängbar hervorgetreten. Es hänge dies damit zusammen, daß die Detailbeurteilung, welche die Sprachen in neuerer Zeit gefunden, von den neben erst von der Universität gekommenen Lehrern gerne in die Schule übertragen werde. Genießt weit wichtiger sei die Einführung in den Geist der alten Sprachen. Aber man müsse sich doch sehr hüten, nicht in eine gewisse Oberflächlichkeit zu verfallen, wie sie beim Mangel einer grammatikalischen Grundlage zu befürchten wäre. Es werde aber möglich sein, den formalen Theil noch mehr zu beschränken, nachdem man bisher schon entschieden darauf gehalten habe, daß nicht bei der Lektüre die Gedanken der klassischen Autoren durch grammatikalisches Exemplifiziren ermordet würden.

Darüber, ob nicht in der Anwendung der an und für sich zweckmäßigen griechischen Schreibübungen über das durch Verordnung normirte Maß mancherorts hinausgegangen werde und ob etwa die Anforderungen in der Mathematik ermäßigt werden könnten, sichert Redner eingehende Prüfung zu. Im Allgemeinen aber werde eine Einschränkung des Stoffes nicht leicht thunlich, sondern weit mehr darauf zu sehen sein, daß durch die Tüchtigkeit der Lehrer und die Anwendung besserer Methoden den Schülern das Lernen erleichtert werde.

Durch diese Maßnahmen würden die erhobenen Klagen wenigstens theilweise verschwinden, vollständig aber gewiß nicht, denn das Gefühl des Behagens sei eines, das der heutigen Welt etwas ferne liege.

Was den Vorschlag der Heranziehung der Eltern betreffe, so sei dieser Gedanke schon in der bestehenden Verordnung ausgesprochen, insofern bei Verhängung von Strafen und auch in der Art und Weise, wie die Zeug-

nisse ausgestellt wurden, die Schule sich mit den Eltern in Beziehung zu setzen habe. Für die Realgymnasien seien außerdem Aufsichtsräthe aus bürgerlichen Elementen errichtet.

Der körperlichen Ausbildung der Schüler, welche von Frh. Geh. Rath Schulze besonders betont worden, werde seitens der Großh. Regierung die eingehendste Aufmerksamkeit gewidmet. Er müsse unsern Turnunterricht gegen den genannten Herrn Vorredner in Schutz nehmen: seit die Central-Turnanstalt bestesse, sei das Turnen nach der von demselben empfohlenen ersten Methode gepflegt worden. Auch sonst werde die körperliche Ausbildung nicht vernachlässigt; so gebe es im Winter Eisferien zum Schlittschuhlaufen und in der Sommerhitze ähnliche Vacanzen für die Schwimmkünste. Die Schule werde nicht aufhören, in dieser Richtung noch weitere Verbesserungen zu schaffen.

Was das von Geh. Rath Schulze gewünschte Kartell mit Preußen in Bezug auf die Gleichwerthigkeit des badischen Examens betreffe, so habe sich die Großh. Regierung wiederholt mit dem preussischen Kultusministerium hierwegen in's Benehmen gesetzt, sei jedoch anfänglich auf das zu erwartende Unterrichtsgesetz, und als dieses endgültig zurückgelegt war, auf eine anderweite Regelung hingewiesen worden. Sie werde jetzt den Versuch wiederholen. Uebrigens habe die preussische Regierung schon das erste Mal erklärt, daß thatsächlich dem Uebertritt badischer Philologen in den preussischen Schuldienst kein Hinderniß entgegenstehe.

Die Großh. Regierung werde hiernach bestrebt sein, den Wünschen beider Kammern zu entsprechen und alle die fruchtbaren Gedanken, welche hier zum Ausdruck gelangt seien, in die Wirklichkeit umzusetzen.

Nach kurzen Bemerkungen des Berichterstatters und des Geh. Hofraths v. Polst erklärt Frhr. Karl v. Göler, daß er im Hinblick auf die freundliche Zusage des Herrn Ministerialpräsidenten, daß er auch die gesetzliche Regelung im Auge behalten wolle, seinen Antrag zurückziehe.

Die Anträge der Kommission werden hierauf zur Abstimmung gebracht und einstimmig angenommen.

Karlsruhe, 3. Mai, Abends 4 Uhr. 23. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Den einzigen Gegenstand der Tagesordnung bildet die Beratung der Motion der Abg. Kern u. Gen. wegen Einführung direkter Wahlen zur Zweiten Kammer. Der vom Präsidenten gemäß § 47 der Geschäftsordnung ernannte Berichterstatter, Geheimerath Schulze, leitet seinen Vortrag durch einen geschäftlichen Ueberblick ein und gelangt sodann aus theoretischen und praktischen Erwägungen zu dem Antrage: das Hohe Haus möge dem mit 29 gegen 28 Stimmen gefaßten Beschlusse der Zweiten Kammer nicht beitreten. Mit gleicher Entschiedenheit sprachen sich Graf v. Berlichingen, Frhr. v. Marschall und Geh. Hofrath v. Polst gegen die Motion aus. Den ablehnenden Standpunkt der Großh. Regierung vertrat in eben so warmen als nachdrücklichen Worten Staatsminister Turban. Geheimerath Knieß verzichtete im Hinblick auf die vorgerückte Zeit auf das Wort. Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Berichterstatters mit Stimmentheile angenommen.

Karlsruhe, 4. Mai. 67. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Lamey, später des zweiten Vicepräsidenten Friderich.

Am Regierungstisch: Geh. Referendar Joos, die Ministerialräthe Fr. Wielandt, L. Wielandt, Glockner, Zittel, Buchenberger.

Eingelaufen sind folgende Petitionen:

1) Bitte der Gemeinden Egeltingen, Thengen, Steißlingen, Rommigen, „die Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes betreffend“, übergeben von dem Abg. Müller.

2) Bitte des gleichen Betreffs von den Gemeinden Jizenhausen, Bodmann, Wahlwies, Hoppetenzell, Leibertingen, Göppingen, Menningen, Buchheim, Heudorf, Raft, Sauldorf, Krumbach, Lengenhart, Engelwies, Borsdorf, Mahlsparren, Boll, Rohrdorf, Norgenwies, übergeben von dem Abg. Fischler.

3) Bitte im gleichen Betreff von der Gemeinde Obermünzingen; übergeben von dem Abg. v. Gleichenstein.

4) Ferner Bitte im gleichen Betreff von der Gemeinde Emmingen ab Egg; eingelaufen bei dem Bureau.

5) Unterthänigste Bitte der Gemeindevertreter von Mönzingen, Gochsheim und Münzesheim, „um Ausführung der Korrektion der Landstraße Nr. 250 zwischen Gochsheim und Münzesheim längs des Kraichbachs bis zur Einmündung in die Straße Nr. 298 im kleinen Weyerbach“, übergeben von dem Abg. Walz.

Der Präsident theilt hierauf ein Schreiben des Herrn Präsidenten der Ersten Kammer mit, wonach letztere in ihrer Sitzung vom 3. Mai über die Adresse der Zweiten Kammer an Seine Königliche Hoheit den Großherzog, worin eine Gesetzesvorlage über die Einführung der direkten Wahl für die Abgeordneten der Zweiten Kammer erbeten wird, Beratung gepflogen hat und einstimmig zu dem Beschlusse gelangt ist, derselben nicht beizutreten. — Nach Erklärung des Präsidenten wird diese Adresse nunmehr von der Zweiten Kammer allein an Seine Königliche Hoheit den Großherzog abgedandt werden.

Der Abg. Kern theilt mit, daß die Geschäftsordnungskommission zur Aufsuchung provisorischer Gesetze ihren Bericht mündlich erstatten werde.

Der Abg. v. Stockhorn fragt an, ob in der Adresse, die in Betreff des direkten Wahlrechts erlassen werden solle, die Stimmenzahl angegeben werde.

Der Präsident bemerkt, daß man seinerzeit namentliche Abstimmung verlangt habe, daß demzufolge die Stim-

men gezählt worden seien und nun auch in der Adresse angeführt werden würden.

Das Haus tritt hierauf in die Berathung von Petitionsberichten ein:

1) Bitte der Vertreter der Stadt Tauberbischofsheim und der Umgegend, die Erweiterung des Progymnasiums in ein Gymnasium betr.; Berichterstatter Abg. Strübe.

Entgegen steht ein von den Abgg. Frey, Jungmanns, Krausmann unterzeichneter Antrag, lautend:

Die Unterzeichneten beantragen, die vorliegende Petition der Stadtgemeinde Tauberbischofsheim und Umgegend um Umwandlung des dortigen Progymnasiums in ein Gymnasium der Großh. Staatsregierung empfehlend zu überweisen.

Der letztgenannte Antrag wird angenommen.

2) Bitte der Gemeinde Marlen, um Zuteilung zu dem Forstbezirk Kork; Berichterstatter Abg. v. Buol.

3) Bitte der Gemeinden Heinstetten und Hartheim (Gr. Bezirksamt Meßkirch), um einige Ackerleichterung; Berichterstatter Abg. Kofhirt.

4) Vorstellung von Gemeinden des ehemaligen Bisthums Speier, um Landabgabe aus herrschaftlichen Wäldungen; Berichterstatter Abgeordneter v. Buol.

5) Bitte der Gemeinden Mühlhausen, Steinegg und Lehningen, um Weiterführung der Würmthal-Straße entlang des Thales bis zur württembergischen Grenze; Berichterstatter ist der Abg. Blum.

6) Bitte der Gemeindevertreter von Altschweier, Bühlerthal, Eifenthal, Steinbach, Varnhalt und Waldmatt, die Gabelholz-Verteilung betr.; Berichterstatter Abg. Schmidt von Karlsruhe.

Der Antrag der Kommission geht auf Uebergang zur Tagesordnung.

Die Abgg. Bezinger, Reichert, Lender beantragen: Die Petition der Regemeinden Bühlerthal u. s. w. der Großh. Regierung zur Kenntnissnahme zu überweisen.

Der letztgenannte Antrag wird angenommen.

7) Bitte der Gemeinden Bollingen, Tannenkirchen, Herzingen und Bamloch um Errichtung einer Güterstation in Bollingen; Berichterstatter ist der Abg. Hoffmann.

Der Präsident unterbricht hierauf — Nachmittags 2 Uhr — die Sitzung bis Abends 5 1/2 Uhr.

Karlsruhe, 4. Mai. 25. Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Freitag den 5. Mai, Vormittags 11 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Wahl des ständigen Ausschusses. 3) Erstattung und Berathung des Kommissionsberichts über den Gesetzentwurf, der Staats-Boranschlag und die Verwaltung der Staats-Einnahmen und Ausgaben betr.; Berichterstatter: Verwaltungsgerichtshofs-Präsident Schwarzmann.

Karlsruhe, 4. Mai. 68. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Freitag den 5. Mai, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Erstattung und Berathung des Berichts der Geschäftsordnungs-Kommission, die Auffassung provisorischer Gesetze betreffend; Berichterstatter Abg. Kern. 3) Erstattung und Berathung von Petitionsberichten.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 4. Mai. Um die Wiederbesetzung des seit 14. Dezember 1868 erledigten erzbischöflichen Stuhles zu Freiburg herbeizuführen, hatte — nach Vorschrift des Artikels 1 der Bulle „Ad dominici gregis custodiam“ vom 11. April 1827 — das zur Wahl des Erzbischofs berufene Kapitel der Metropolitankirche zu Freiburg zu Anfang des Monats April Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog die Namen mehrerer Geistlichen namhaft gemacht, welche das Kapitel für würdig und tauglich erachte, die erzbischöfliche Kirche fromm und weise zu regieren.

Nachdem hierauf dem Domkapitel zufolge höchster Staatsministerial-Entschliessung vom 28. April namens der Großh. Staatsregierung eine Erklärung über die benannten Kandidaten, wie sie in dem nämlichen Artikel der Bulle vom 11. April 1827 vorgesehen, eröffnet, auch der Beamte bezeichnet worden, welcher als landesherrlicher Kommissär nach Maßgabe des bezüglichen Vorbehaltes der Fundationsurkunde für das Bisthum Freiburg vom 16. Oktober 1827 am Wahlorte anwesend sein werde, bestimmte dasselbe zur Vornahme der Wahl Dienstag, den 2. Mai. Dem Wahlakt selbst ging ein von einem Mitgliede des Domkapitels celebrirtes Hochamt de spiritu sancto voraus, welches um 8 Uhr früh seinen Anfang nahm, und welchem, von Mitgliedern des Domkapitels am Eingang der Domkirche empfangen, der in Freiburg anwesende Abgesandte des päpstlichen Stuhles, Hausprälat Herr Fr. Spolverini, sowie der landesherrliche Kommissär im Chor der Kirche anwohnten.

Nach Beendigung des Hochamtes verfügten sich die

Mitglieder des Domkapitels mit den zur Dienstleistung bei der Wahlhandlung bestellten Beamten in die als Wahllokal dienende Sakristei der Domkirche.

Das Ergebnis der Wahl, welche nur kurze Zeit in Anspruch nahm, wurde sodann dem inzwischen im Chor der Domkirche zurückgebliebenen landesherrlichen Kommissär durch die zwei ältesten Domkapitulare dahin angezeigt, daß im ersten Wahlgange der hochwürdige Herr Erzbischofsverweser und Domdekan Dr. J. B. Orbin einstimmig, d. i. mit allen Stimmen gegen seine eigene, zum Erzbischof gewählt worden sei und die Wahl angenommen habe.

Hierauf wurde durch Domkapitular Weikum — in Vertretung des verhinderten ältesten Domkapitulars — der Erfolg der Wahl dem in der Domkirche zahlreich versammelten Volke von der Kanzel verkündet.

Dem Vernehmen nach ist dem neuwählten Erzbischof die Bestätigung von Seiten des päpstlichen Stuhles sofort auf telegraphischem Wege erteilt worden und hat derselbe die Regierung der Erzdiözese bereits übernommen.

Karlsruhe, 4. Mai. Dem Badischen Frauenverein, Abth. 1, wurde durch Hrn. Regierungsrath Gerhard dahier die Gabe von 500 M. zur Zuweisung an die Kronprinzessin-Viktoria-Stiftung spendet. Am Mittwoch den 10. dieses Monats Abends 6 Uhr findet die sagenungemäße Generalversammlung des Gewerbevereins im oberen Saale der vier Jahreszeiten statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und des Kassiers (u. A. über den materiellen Erfolg der vorjährigen Kunst- und Kunstgewerbe-Ausstellung), Berathung des Boranschlages für 1882, Erhöhung des Mitgliederbeitrages von 4 auf 5 M., wofür unentgeltliche Abgabe der Gewerbezeitung zu gewähren, Bildung einer kunstgewerblichen Abtheilung und Neuwahl von sechs Ausschussmitgliedern.

Auf Ostern d. J. sind hier 222 Knaben und 185 Mädchen aus der Civilgemeinde, sowie 5 Knaben und 2 Mädchen aus der Militärgemeinde evangelisch konfirmirt worden. Von diesen Kindern konfirmirte die Herren Hofprediger Helbing 171, Dekan Mittel 151, Stadtpfarrer Längin 45, Stadtpfarrer Brüdner 28, Militär-Dienstadtprediger Schmidt 19.

Karlsruhe, 4. Mai. Die nächste Sitzung des hiesigen Naturwissenschaftlichen Vereins findet morgen, Freitag, statt.

Pforzheim, 2. Mai. Während der letzten drei Tage fand im Festsaale der hiesigen Volksschule die Ausstellung der Schüler-Handarbeiten, welche im letzten Schuljahr in dem vom städtischen Hilfsverein eingerichteten Unterrichtskursus für häuslichen Gewerbesleiß gefertigt wurden, statt. Die Arbeiten erfordern sich auf Büttenbinderei, Buchbinderei, Korbflechten, Auslägerarbeiten und Holzschneiderei. In sämtlichen Zweigen ist ein erfreulicher Fortschritt zu bemerken; insbesondere gilt dies bezüglich der Büttenbinder-Arbeiten und Schnitzereien, in welchen beiden Artikeln nicht bloß ganz schöne Anfänge, sondern vollendete tadellose Stücke zu bemerken waren. Der Besuch der Aus-

stellung war ein sehr lebhafter und hat auch von auswärts Sachverständige angezogen, welche Kenntniss von der Einrichtung und dem Fortgang der hiesigen Arbeitsschule nehmen wollten. Der Unterricht wird von den Herren Hauptlehrer Bärner und Weber und Herrn Waisenhaus-Vater Duggert erteilt. Die Aufführung des in Nr. 101 d. Bl. angezeigten, von dem hiesigen „Musikverein“ veranstalteten Kirchenkonzertes fand gestern in der angegebenen Weise unter lebhafter Theilnahme des Publikums statt. Diefelbe legte wieder ein glänzendes Zeugnis ab von der Leistungsfähigkeit des genannten Vereins und seines rührigen Dirigenten, sowie von der gesanglichen Virtuosität der mitwirkenden Damen und Herren des Karlsruher Hof-Operpersonals.

Konstanz, 3. Mai. Am 5. d. M. wird in Oberuldingen, Amtsbezirk Ueberlingen, eine mit der Orts-Postanstalt vereinigte Telegraphenanstalt mit beschränktem Tagesdienste für den allgemeinen Verkehr eröffnet werden.

Aus Baden, 4. Mai. Eberbach. Am 1. Mai wurde die neue Bahnlinie Eberbach-Eberbach zunächst von der Station Eberbach bis zur Station Raibach eröffnet.

Vermischte Nachrichten.

Karlsruhe, 4. Mai. Der „Philharmonische Verein“ beabsichtigt, am nächsten Samstag, Abends 7 Uhr, in der Stadtkirche die „Missa solennis“ von Beethoven nochmals, und zwar vor einem größeren Publikum, zur Aufführung zu bringen. Außer unseren bewährten heimischen Kräften, Fr. Goldfinger und Frn. Staudigl, wirken als Solisten noch Fr. Füllinger von Frankfurt a. M., welche schon bei der ersten Aufführung die schwierige Sopranpartie mit prächtiger Stimme in hervorragender Weise durchführte, und Fr. Dr. Gung vom Hoftheater in Hannover, ein in Norddeutschland besonders geschätzter und beliebter Tenorist, mit, und da der Ertrag der Aufführung den hiesigen Armen zufließt, so dürfte nach alledem der Besuch derselben sehr zu empfehlen sein.

Bremen, 3. Mai. Der Norddeutsche Lloyd-Dampfer „Ohio“, mit 1200 Passagieren nach Baltimore, kollidierte, wie der „Freif. Stg.“ telegraphirt wird, in der Höhe von Bremerhaven mit dem Schiff „Solani“. Dem „Ohio“ wurden einige Rippen zerdrückt und der Dampfer muß reparirt werden. Menschenleben sind nicht verloren. Die Passagiere werden mit dem Dampfer „Hohenzollern“ befördert.

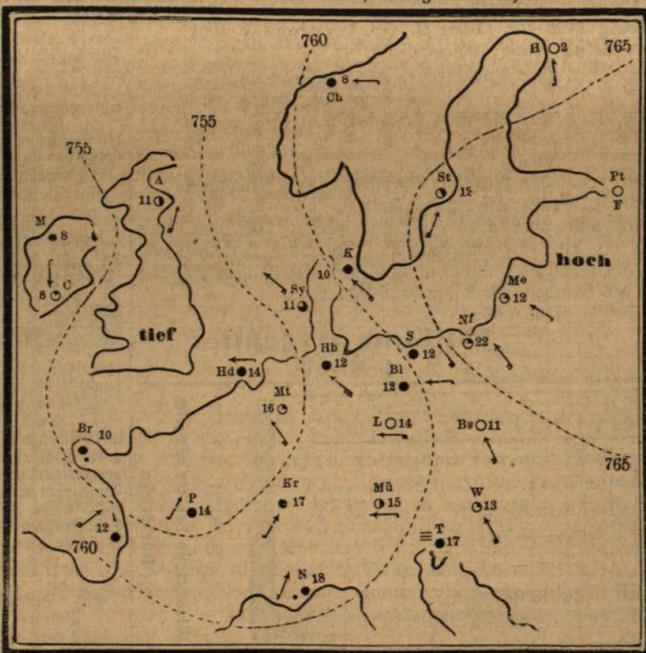
Neueste Telegramme.

St. Petersburg, 4. Mai. Der „Regierungsanzeiger“ berichtet über die Judentrawalle in Gombine, Gouvernement Warschau, wo zwei Läden und eine Schenke, in Jekaterinoslaw, wo drei Schenken und ein Laden zerstört wurden; in Gombine allein wurden 16 Hufeisener verhaftet.

Großherzogl. Hoftheater.

Freitag, 5. Mai. 61. Abonnement-Vorst. Zum ersten Male: Jouffroy, Lustspiel in 4 Akten, von Hugo Bürger. Anf. 7 1/2 Uhr.

Wetterkarte vom 4. Mai, Morgens 8 Uhr.



Erklärung. Die den Stationen beigefügten Zahlen geben die Temperaturgrade nach Celsius an; die den Kurven (Isobaren) beigefügten Zahlen bezeichnen den auf das Meer reduzierten Barometerstand in mm.

Legend for weather symbols: A: Nebel, B: Regen, C: Schnee, D: Hagel, E: Sturm, F: Eisregen, G: Hagel, H: Nebel, I: Regen, J: Schnee, K: Hagel, L: Regen, M: Schnee, N: Hagel, O: Regen, P: Schnee, Q: Hagel, R: Regen, S: Schnee, T: Hagel, U: Regen, V: Schnee, W: Hagel, X: Regen, Y: Schnee, Z: Hagel.

Uebersicht der Witterung. Eine umfangreiche Depression mit trübem, stellenweise regnerischem Wetter und schwacher Luftbewegung liegt über den Britischen Inseln und dem Nordsee-Gebiete, während das Luftdruck-Maximum über den russischen Ostsee-Provinzen lagert. Bei steigender Temperatur und schwacher, nur im Norden stellenweise frischer, vorwiegend östlicher Luftströmung, ist das Wetter über Centraluropa ziemlich heiter und allenthalben trocken. In Friedrichshafen ist unter dem Einflusse des Föhn's die Temperatur auf 24 Grad gestiegen. In Frankreich fanden gestern vielfach Gewitter statt. (Deutsche Seewarte.)

Table with 7 columns: Karlsruhe, Barom., Thermom., Absolute Feucht., Relative Feucht., Wind, Himmel, Bemerkung. Data for 3. Nachts 9 Uhr, 4. Morgs. 7 Uhr, and 4. Morgs. 2 Uhr.

Witterungsaussichten für Freitag den 5. Mai: Veränderliche Bewölkung; warm; Neigung zu Gewittern. Meteorologische Centralstation Karlsruhe.

Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 4. Mai 1882.

Table of financial data including Staatspapiere, Bankaktien, Kreditaktien, and various exchange rates for Berlin, Wien, and Paris.

Verantwortlicher Redakteur: F. Neßler in Karlsruhe.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 4. Mai, Mitts. 3.45 m, gestiegen 18 cm.

Karlsruher Stadesbuch-Auszüge.

Geburten. 29. April. Emma, B.: Feinr. Verberich, Aushilfschaffner. — 30. April. Wilhelm Heinrich, B.: Feinr. Riefer, Metzgermeister. — Paula Hedwig, B.: Ernst Geiger, Bahnhof-Arbeiter. — 3. Mai. Jakob, B.: Morz Palm, Kaufmann. — Barbara Klara, B.: Th. Ulmer, Kaufmann.

Cheaufgebote. 1. Mai. Bernh. Battenhanter von Hamburg, Privatdozent in Braunschweig, mit Karoline Dürr von hier. — Walther Schwahn von Schwabburg, Asphalteur hier, mit Josefine Lang, Witwe, geb. Dantes, von Stuttgart. — 2. Mai. Frdr. Gög von Habserslach, Tagelöhner hier, mit Theresia Wiegeler von Wälden.

Todesfälle. 3. Mai. Philipp, 14 J., B.: Oberlazarethgehilfe Kle. — Karl Reidia, Chem., 39 J. — 4. Mai. Babette, Ehefr. v. Kaufmann Ulmer, 39 J. — Rudolf, 1 J. 4 M., B.: Schneider Kovar.

Bretten, 2. Mai. Johann Fiedl, Großh. Markgräf. Rentamtman zu Bantzlott, 44 J. — Seibelberg, 3. Mai. Josefine Fuchs, 22 J. — Rastatt, 1. Mai. Auguste, geb. Tegetmeier, Ehefrau des Zeughauptmanns Schimmed.

Ueberlingen, 1. Mai. Dr. Benedikt Käffe, prakt. Arzt, 83 J.

